

Limmattaler Zeitung

Schweiz am Wochenende

Samstag, 22. Januar 2022



45 000

Tiere leben zu Forschungszwecken im Labortierzentrum in Schlieren.

Region



In diesem Jahr dominieren die Künstlerinnen. Georgia O'Keeffe macht den Anfang.

Bund «Wochenende»

Kaum etwas bleibt Vierbeinern erspart. Der neuste Trend: Homöopathie und Akupunktur für Hunde.

Bund «Wochenende»



AZ 5001 Aarau | Nr. 18 | 5. Jahrgang | Fr. 3.90 | € 4.- limmattalerzeitung.ch

NAME _____ No. _____

DIE AKTE VINCENZ

Am Dienstag beginnt der Strafprozess gegen den einst populärsten Banker der Schweiz. Es geht um geheime Firmendeals, um Spesenberge und um eine weitere nationale Kränkung.

SCHWERPUNKT

Apotheken verkaufen unzuverlässige Tests

Antigen-Tests Viele der in der Schweiz zugelassenen und verkauften Antigen-Selbsttests weisen das Coronavirus nur bei einer sehr hohen Virenlast zuverlässig nach und versagen bei milder und hoher Last. Das belegt eine Studie des deutschen Paul-Ehrlich-Instituts. Testkäufe in Apotheken von Amavita, Toppharm oder Medbase zeigen: Die grossen Ketten verkaufen vor allem Selbsttests, die schlecht abschneiden. Die Kundschaft wird nicht über die Mängel informiert. Besser macht es die Kioskgruppe Valora. Handlungsbedarf sehen die Apotheken nicht, sondern verweisen auf den Bund. Omikron könnte nun die Aussagekraft der Selbsttests noch einmal beschädigen. (ehs) **Wirtschaft**

Berset stellt Ende des Zertifikats in Aussicht

Corona Das Zertifikat, das nachweist, wer geimpft, genesen oder bloss getestet ist, drohte im letzten Herbst die Schweiz zu spalten: Vor der Abstimmung über das Covid-Gesetz stand es im Zentrum hitziger Diskussionen. Doch jetzt, nur etwas mehr als zwei Monate später, stellt Gesundheitsminister Alain Berset die baldige Abschaffung des umstrittenen Instruments in Aussicht: «Die Zeiten des Zertifikats scheinen sich dem Ende zu nähern», sagt er im Interview mit dieser Zeitung. Bei guter Entwicklung könne der Bundesrat «in den nächsten Wochen die Home-

office-Pflicht in eine Empfehlung ändern und die Quarantäne aufheben», sagt Berset. Danach dürfte sich auch das Zertifikat bald erübrigen.

Im Gespräch schaut Berset auf die zwei Jahre seit Ausbruch der Pandemie zurück und gewährt Einblicke in sein Befinden als Krisenmanager: «Ich hätte nie gedacht, dass ich so etwas aushalten kann.» Er dankt einer «grossen, aber ruhigen Mehrheit» der Schweizer Bevölkerung, welche die Massnahmen stets mitgetragen habe. Dank dieser habe das Land die Krise bisher gut gemeistert. (sbi/chi) **Interview**

Stadtpräsidentiumswahl: Das Streitgespräch

Schlieren Markus Bärtschiger (SP) und Beat Kilchenmann (SVP) wollen beide am 13. Februar Stadtpräsident von Schlieren werden. Im grossen Streitgespräch beziehen die beiden Kandidaten Position zu verschiedenen Themen. Sie diskutieren unter anderem darüber, ob es Massnahmen für eine Verbesserung der Sicherheitsituation an der Freiestrasse braucht. Sie sagen, was sie von staatlich subventionierten Wohnungen halten, und erklären, wie sie die Stadtentwicklung vorantreiben wollen. Der amtierende Stadtpräsident Bärtschiger provoziert Kilchenmann mit der Frage, ob er noch ein Buezer sei. Und Kilchenmann äussert Zweifel an Bärtschigers Auto-Statistiken. (lue) **Region**

Bruno Knecht teilt gegen Ernst Brand aus

Birmensdorf Die beiden Kandidaten für das Birmensdorfer Gemeindepräsidentium bringen sich für den 27. März in Stellung. Nachdem der kürzlich aus der SVP ausgetretene amtierende Primarschulpräsident Ernst Brand am Freitag in der «Limmattaler Zeitung» Kritik an der Politischen Gemeinde und damit indirekt auch am amtierenden parteilosen Gemeindepräsidenten Bruno Knecht geübt hatte, gibt Knecht nun zurück. Er wirft seinem Widersacher unter anderem vor, dass sich dieser bei der Bildung der Einheitsgemeinde wenig kooperativ gezeigt habe. Brand wiederum lässt die Angriffe an sich abprallen. Er schaltet auf Stumm. (lue) **Region**



Einig sind sie sich beim Lohn für den Stadtpräsidenten

Beim Thema bezahlbare Wohnungen, Verkehr und Steuererhöhung sind die beiden Kandidaten fürs Stadtpräsidium Markus Bärtschiger (SP) und Parlamentspräsident Beat Kilchenmann (SVP) aber nicht gleicher Meinung.

Interview: Lukas Elser

Ums Schlieremer Stadtpräsidium gibt es eine Kampfwahl. Der aktuelle Parlamentspräsident Beat Kilchenmann (SVP) fordert den amtierenden Stadtpräsidenten Markus Bärtschiger (SP) heraus. Bärtschiger ist seit 2018 im Amt und kandidiert bei den Wahlen vom 13. Februar für eine zweite Amtszeit. Das Streitgespräch verlief zwar harmonisch, aber die beiden sind sich bei vielen Themen uneinig. Insbesondere beim Verkehr oder bei der Frage, ob der Staat bezahlbare Wohnungen mit staatlichen Subventionen fördern soll.

Beat Kilchenmann, was war der Auslöser für Ihre Kandidatur?

Beat Kilchenmann: Das waren verschiedene Sachen. Ich habe Freude an der Politik. Ich liebe Schlieren und mache gerne etwas für die Schlieremer. Zudem sagt man mir von ganz verschiedenen Seiten, dass ich ein guter Stadtrat und ein guter Stadtpräsident wäre.

Können Sie konkreter werden?

Kilchenmann: Zuerst die bürgerlichen Parteien. Sie haben mich geschossen als Kandidaten nominiert. Aber auch aus ganz anderen Richtungen höre ich: Wir sind oft nicht gleicher Meinung, aber als Stadtpräsident wärst du gut.

Können Sie keine Namen nennen?

Kilchenmann: Nein, das darf ich nicht.

Die Parteien können Sie schon sagen.

Kilchenmann: Es gibt alteingesessene SPler, aber auch Grüne und Grünliberale, die mir ihre Stimme zugesichert haben.

Markus Bärtschiger, hoffen Sie, dass Sie der einzige Kandidat bleiben würden? Und lief es Ihnen etwas kalt den Rücken runter, als Sie von der Kandidatur von Beat Kilchenmann gelesen haben?

Markus Bärtschiger: In der Politik läuft es mir nur noch selten kalt den Rücken runter. Dafür bin ich schon viel zu lange dabei. Und zur Demokratie gehört es, dass es ein Auswahlverfahren gibt. Gerade auf kommunaler Ebene ist das leider nicht immer der Fall. Immer weniger Leute stellen sich für politische Ämter zur Verfügung oder es stellen sich Leute zur Verfügung, die sich eigentlich nicht zur Verfügung stellen sollten.

Wer sollte sich nicht zur Verfügung stellen?

Bärtschiger: Ein Amt, insbesondere ein

Exekutivamt, braucht Zeit. Und den Willen, sich mit der Materie auseinanderzusetzen. Zudem erfordert ein politisches Amt auch ein gewisses Mass an Intelligenz. Denn die Ämter werden immer anspruchsvoller.

Das ist jetzt aber eine undemokratische Auffassung vom Regieren.

Bärtschiger: Ja, aber wenn ich jemanden wähle, erwarte ich doch, dass mein Kandidat mindestens 70 Prozent der Vorlagen liest. Ich habe aber das Gefühl, dass manche Politiker nicht einmal 30 Prozent davon lesen.

Aus Faulheit, Zeitmangel - oder weil sie es nicht verstehen?

Bärtschiger: Es ist wohl ein Gemisch. Bei gewissen Voten merke ich einfach, dass der Fragesteller sich gar nicht mit der Vorlage befasst hat.

Herr Kilchenmann, wieso ist ein Milizpolitiker besser als ein Berufspolitiker?

Kilchenmann: Wenn man sich nur noch mit einer Sache befasst, wird der Horizont schmaler. Als Politiker sollte man so breit wie möglich aufgestellt sein, damit möglichst viele Erfahrungen bei den Entscheidungen miteinbezogen werden. Es ist auch wichtig, dass ein Stadtrat aus verschiedenen Leuten zusammengesetzt ist. Nicht nur Akademiker sollen in politischen Ämtern sitzen, sondern auch Búezer. Leute, die wie ich eine Lehre als Automechaniker gemacht haben und irgendwann aufgestiegen sind zu einem Mitglied der Geschäftsleitung einer Filiale eines Weltkonzerns.

Bärtschiger: Bist du noch ein Búezer?

Kilchenmann: Ich habe 16 Jahre lang in Garagen gearbeitet. Ich war ein Búezer! Viele Leute, die ähnlich angefangen haben, vergessen, wo sie hergekommen sind - und wie es ist, auf der anderen Seite zu stehen. Ich aber habe immer wieder den Finger gehoben und gesagt: «Hey, versetzt euch doch mal in die Lage der anderen!» Berufspolitiker verlieren diesen Bezug zu den normalen Leuten, weil sie nur noch am Rand mit ihnen zu tun haben.

Herr Bärtschiger, sind Sie im Elfenbeinturm gefangen oder wollen Sie jetzt auch Ihren Búezer-Hintergrund bemühen?

Bärtschiger: Wenn es nur darum geht, ein Búezer zu sein, muss ich mich nicht bemühen. Ich war auch mal Stif. Ich war Hotelportier und habe Schulhäuser geputzt. Als ich später die Matur auf dem zweiten Bildungsweg absolviert habe, musste ich nebenher bis spät-

abends arbeiten. Aber darum geht es doch gar nicht. Für eine funktionierende Gesellschaft braucht es beides: Leute, die sich bis zum Ellbogen in den Dreck begeben, und Akademiker, die geistige Arbeit leisten. Auch die Unterscheidung zwischen Berufs- und Milizpolitikern finde ich nicht zielführend: Wichtig ist nur, dass der Politiker so viel Zeit in sein Amt investiert, wie dieses erfordert. Aber der zeitliche Aufwand wird oft unterschätzt. Viele Sitzungen finden während der Bürozeiten statt. Und das wiederum erfordert viel Flexibilität.

Herr Kilchenmann, bringen Sie die Zeit mit, von der Herr Bärtschiger spricht?

Kilchenmann: Als Fahrlehrer kann ich mir meine Arbeitszeit flexibel einteilen. Und falls ich Stadtpräsident werden sollte, werde ich den Beruf beim Autokonzern aufgeben.

Sprechen wir über konkrete Probleme in Schlieren. Im Parlament weist Beat Kilchenmann immer wieder auf Sicherheitsmängel der Schlieremer Strassen hin. Gibt es Handlungsbedarf, Herr Bärtschiger?

Bärtschiger: In diesem Bereich gibt es immer Handlungsbedarf. Ich stimme mit Beat Kilchenmann durchaus überein, dass es Gefahrenzonen gibt und dass man solche Probleme lösen muss. Die Frage ist allerdings, was man als Problem bezeichnet.

Sie spielen jetzt auf die von Beat Kilchenmann bemängelten Zustände bei der Freiestrasse an. Im Parlament wurde der Stadtrat scharf kritisiert, weil er sagte, man habe andere Prioritäten ...

Kilchenmann: Ich bin froh, dass Sie das sagen. Die Aussage des Sicherheitsvorstands bei der damaligen Sitzung kam bei uns ganz schräg rüber. Es gibt ganz klar zu viel Verkehr auf dieser Strasse und es kommt immer wieder vor, dass Autos fast ungebremst übers Trottoir fahren. Wenn SP-Sicherheitsvorstand Pascal Leuchtmann sagt, man habe andere Prioritäten, finde ich das nicht so lässig.

Bärtschiger: Es ist unbestritten, dass die Freiestrasse sehr viel Verkehr aufnehmen muss. Fakt ist aber auch, dass wir in Schlieren sehr viele Autos haben. Im Vergleich zu anderen Schweizer Städten von ähnlicher Grösse wie Schlieren haben wir die meisten Autos pro Einwohner.

Kilchenmann: Diese Rechnung hinkt. Da bin ich jetzt leider der Profi. Dass die



«Man muss alles tun, um eine Steuererhöhung zu verhindern.»

Zahl so hoch ist, liegt einzig daran, dass wir in Schlieren so viele Automobilimporteure und Garagen haben, die Tagesimmatrikulationen von Fahrzeugen ausstellen.

Bärtschiger: Das stimmt. Die Stadt hat aber statistisch gesehen selbst ohne die von dir genannten Fahrzeuge einen sehr hohen Anteil an hausgemachtem Verkehr. Und zum Stichwort Prioritäten: Wir verlassen uns auf Unfallstatistiken der Kantonspolizei. Und diese sagen, dass sich das grösste Problem nicht an der Freiestrasse befindet.

Ein anderes Thema: Braucht es in Schlieren mehr bezahlbaren Wohnraum, Herr Kilchenmann?

Kilchenmann: Genossenschaftlichen Wohnungsbau unterstütze ich. Schlieren soll keine Stadt der Hochpreismietzinsen sein. Es ist allerdings eine Frage des Masses.

Was ist Ihr Mass, Herr Bärtschiger?

Bärtschiger: Zustände wie in London, wo ein Kleingewerbler bis zu zwei Stunden zum Arbeitsplatz fahren muss, weil er sich einfach die Mietzinsen im Stadtzentrum nicht leisten kann, dürfen wir nicht erreichen. Bei uns geht die Entwicklung aber leider auch in diese Richtung. Immer mehr Leute können sich die Mietzinsen in den Zentren nicht mehr leisten. Wollen wir das ändern, dürfen wir den Wohnungsmarkt nicht sich selbst überlassen. Und jetzt zu deinen Genossenschaften, Beat. Du sagst, du wollest sie unterstützen. Dafür

Beat Kilchenmann (SVP)
amtierender Parlamentspräsident

Beat Kilchenmann (52) ist seit 21 Jahren bei der SVP Schlieren und sitzt insgesamt 17 Jahre im Schlieremer Parlament. Aktuell steht er diesem als Parlamentspräsident vor. Zudem ist er Co-Fraktionschef und Vizepräsident der SVP Schlieren. Er arbeitet als Fahrlehrer und Berater in der Automobilindustrie, ist in Schlieren aufgewachsen, verheiratet und hat drei Töchter.



Sie verstehen sich gut, aber wenn es um Steuern und Verkehr geht, sind sie verschiedener Meinung: Beat Kilchenmann (SVP) und Markus Bärtschiger (SP) auf der Pischte 52 in Schlieren.

Bild: Valentin Hehli

braucht es aber den Staat. Er muss ihnen helfen, weil es nur noch wenig bezahlbaren Wohnraum für Genossenschaften gibt.

Herr Bärtschiger spricht von Subventionen ...

Bärtschiger: Subventionen sind nicht zwingend. Die Stadt kann auch jemanden anstellen, der den Genossenschaften bei der Suche nach Land oder alten Häusern hilft.

Staatliche Gelder müssen aber auch dann gesprochen werden. Beat Kilchenmann, was ist Ihre Lösung für niedrigere Mietzinse?

Kilchenmann: Die Rahmenbedingungen dafür müssen geschaffen werden. Und wenn man noch Land hat, soll man es im Baurecht abgeben.

Bärtschiger: Aber das ist doch genauso eine Subvention. Ich könnte nämlich das Land auch auf dem Markt zum Höchstpreis verkaufen.

Kilchenmann: Nein. Es ist ein Unterschied, ob ich jährlich Geld aus dem Portemonnaie nehme, aus unserer stark strapazierten Stadtkasse, und etwas subventioniere – oder ob ich darauf verzichte, Land an den Meistbietenden zu verkaufen.

Es folgt ein längeres Hin und Her, die Kandidaten fahren sich gegenseitig ins Wort. Bärtschiger besteht darauf, dass die beiden Geschäfte vom ökonomischen Gesichtspunkt gesehen das Gleiche sind. Bis er Kilchenmann dazu auffordert, ihm den

Unterschied an der Tafel zu erklären. Kilchenmann lässt sich nicht verunsichern und beharrt seinerseits darauf, dass es eben doch einen Unterschied mache.

Kommen wir zu etwas weniger Abstraktem. Das Stadtentwicklungskonzept «Grüne Mitte» scheint nicht voranzukommen. Seit längerem hat der Stadtrat versprochen, im Zentrum einen zusammenhängenden öffentlichen Raum aus dem Stadtpark und der stillgelegten Badenerstrasse zu machen. In der Zwischenzeit hat man zwar die Strasse kaufen können, aber wie die «Grüne Mitte» aussehen soll, weiss man immer noch nicht.

Würden Sie das Projekt in einer zweiten Amtszeit beschleunigen?

Bärtschiger: Das Projekt ist anspruchsvoll. Nur schon die Verhandlungen mit dem Kanton Zürich um den Kauf der alten Strasse waren äusserst zäh, weil so viele Aspekte berücksichtigt werden mussten. Zusätzlich müssen wir die Absichten für das Gebiet mit den anderen Eigentümern, unter anderem der Reformierten Kirche, besprechen. Parallel dazu muss das Alterszentrum geplant werden.

Jüngst gab es eine Konfusion um den Zeitpunkt, bis wann man ein Konzept vorlegen will. Einmal hiess es 2023, dann 2025 – und jetzt wieder 2023. Was gilt jetzt?

Bärtschiger (zieht Luft ein): Das hängt davon ab, wie schnell die Verhandlungen

«Wir kommen um eine Steuererhöhung nicht herum.»

Markus Bärtschiger (SP)
amtierender Stadtpräsident

Markus Bärtschiger (59) ist seit 2017 Kantonsrat und seit 2018 Stadtpräsident von Schlieren. Während 20 Jahren sass er im Schlierener Parlament, seit zwölf Jahren ist er im Stadtrat vertreten. Der Volkswirtschaftler sitzt in verschiedenen Gremien, unter anderem ist er Verwaltungsratspräsident des Zweckverbands Spital Limmattal. Bärtschiger lebt mit seiner Partnerin zusammen. Kinder haben sie keine.

gen abgeschlossen werden und ob es noch ein Referendum gibt. Es braucht auch noch etwas Geld ...

2023 oder 2025? Was ist realistisch?

Bärtschiger: Wenn man von realistisch ausgeht, muss man in der Politik leider immer das hintere Datum nennen.

Das soll als Antwort genügen. Herr Kilchenmann, schaffen Sie es schneller?

Kilchenmann: Da muss ich nicht so lange studieren wie der Herr Bärtschiger (lacht). Es ist klar, dass das nicht in einem Jahr zu schaffen ist. Als Stadtpräsident würde ich dem Projekt aber hohe Priorität geben. Die Pischte 52 ist nicht schön. Darum muss man das Problem zügig angehen.

Bärtschiger: Es ist auch eine Priorität beim Stadtrat!

Zu finanziellen Dingen: Verdient der Stadtrat genug in Schlieren? Die Haltung von Herrn Bärtschiger ist bekannt: Er hat im Herbst eine Lohnerhöhung beim Parlament beantragt, das Parlament hat sie bewilligt.

Bärtschiger: Es handelt sich nicht um eine Lohnerhöhung. Da muss man exakt sein. Es ist eine Erhöhung des Pensums von 50 Stellenprozente auf 60 Stellenprozente.

Das kann man so oder so sehen. Herr Kilchenmann, was sagen Sie zum jetzigen Lohn des Stadtpräsidenten? Dieser beträgt 90 000 Franken und steigt per 1. Juli auf 108 000 Franken.

Kilchenmann: Ich finde ihn angemessen. Selbst ein bisschen mehr wäre noch nicht unanständig.

Bei den Steuern war Ihre Partei bei der letzten Budgetdebatte aber nicht so grosszügig. Sie verhinderten, dass der Steuerfuss von 111 auf 116 Prozent steigt.

Kilchenmann: Man muss alles tun, um eine Steuererhöhung zu verhindern. Es gibt überall Potenzial zum Sparen.

Herr Bärtschiger wird jetzt wahrscheinlich nicht zustimmen.

Bärtschiger: Natürlich nicht. Der Stadtrat hat damals ja die Steuererhöhung beantragt. Meine Haltung ist immer noch die gleiche: Wenn man Forderungen an den Staat stellt, braucht es auch Ressourcen. Und noch etwas, Beat: Der Stadtrat – das wirst du noch erfahren, denn ich nehme an, dass du gewählt wirst – beginnt seine Sitzung jeweils

nicht mit der Frage: Wo können wir noch Geld ausgeben? Im Gegenteil. Wir suchen auch überall Möglichkeiten, wo wir noch sparen können. Im Moment ist die Zitrone aber ausgepresst. Und deshalb kommen wir um eine Steuererhöhung nicht herum.

Sie sagten gerade: Du wirst gewählt. Glauben Sie, dass Konkurrent Kilchenmann gewinnt?

Bärtschiger: Als Stadtrat hat er gute Chancen.

Und als Stadtpräsident?

Bärtschiger: Wenn ich glauben würde, dass er gewinnt, würde ich nicht hier sitzen.

Herr Bärtschiger ist Volkswirt, sitzt im Kantonsrat und ist Berufspolitiker. Haben Sie, Herr Kilchenmann, überhaupt eine Chance gegen einen Kandidaten mit diesem Rucksack?

Kilchenmann: Seine Chancen sind nur deshalb höher, weil er ein Bisheriger ist. Vom Profil her bin ich ihm ebenbürtig. Und ich habe auch ziemlich viel Ahnung von betriebswirtschaftlichen Belangen.

Herr Bärtschiger, Sie sind vor vier Jahren nur ins Präsidium gerutscht, weil Ihre damalige Konkurrentin Manuela Stiefel (damals FDP, heute parteilos) ihre Kandidatur nach dem ersten Wahlgang zurückgezogen hatte, obwohl sie mehr Stimmen holte als Sie. Wie sehr verfolgt Sie der Makel, nur durch Zufall gewählt worden zu sein?

Bärtschiger: Sie könnten diese Frage genauso gut einem Olympiasieger stellen: Wie stark empfinden Sie es, dass Ihr stärkster Konkurrent beim zweitletzten Tor ausgestiegen ist, weil es in der Piste eine Bodenunebenheit hatte? Das Leben besteht nun mal aus Glück und Zufall, auch in der Politik (lacht). Wenn ich jeden Morgen aufstehen müsste und sagen würde: Ich bin nur ein makelhafter Stadtpräsident – wie sollte ich da sinnvoll arbeiten können?

Zum Schluss: Was schätzen Sie an Ihrem Konkurrenten, Herr Kilchenmann?

Kilchenmann: Ich schätze ihn als Menschen, wir haben es gut miteinander. Er ist kompetent und in der Regel dossierfest.

Und Sie, Herr Bärtschiger?

Bärtschiger: Das sehe ich ähnlich. Man kann mit Beat Kilchenmann sachlich und anständig diskutieren.